



Die Wirtschaft allein wird's nicht richten

Pressemitteilung von Jörn Wunderlich, 19. April 2007

Zum derzeit in Berlin tagenden Europäischen Kongress „Demografischer Wandel als Chance: Wirtschaftliche Potenziale der Älteren“ erklärt der seniorenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE., Jörn Wunderlich:

Ich begrüße die Diskussion um ein positives Altersbild, das die Potenziale von Seniorinnen und Senioren betont und damit den demografischen Wandel auch als Chance begreift. Es kommt aber darauf an, und an dieser Stelle unterstütze ich die Initiativen vieler Wohlfahrtsverbände, die Potenziale älterer Menschen nicht nur zu beschreiben, sondern sie im Interesse aller Generationen besser zu nutzen. Von mir und meiner Fraktion erfordert das einerseits, dem von Politik, Wirtschaftsverbänden und Medien betriebenen Missbrauch der „Demografischen Argumente“ als Feigenblatt für Sozialabbau entschieden entgegenzutreten

Es erfüllt mich mit Sorge, dass die Bundesregierung mit ihrer unsozialen Politik fortfährt, und Altersarmut zu einer ernstzunehmenden Gefahr für die Zukunft macht. Ein weiterer Abbau sozialer Leistungen ist

nicht akzeptabel. Es muss vielmehr darum gehen, Lebensqualität und Wohlbefinden zu erhöhen sowie soziale und finanzielle Sicherheit zu gewährleisten. Ein Paradigmenwechsel hin zu einer Konzentration auf die Potenziale des Alters reicht nicht aus. Lebenszeit muss in allen Phasen als wertvolle Zeit begriffen werden, die nur einmal zur Verfügung steht. Alle haben das unveräußerliche Recht, diese Zeit so angenehm und bedarfsgerecht wie möglich zu erleben.

Seniorenpolitik soll sich laut Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen konzentrieren auf Aktivität, Produktivität, den sozialen Erfahrungsschatz Älterer und die Konsumkraft der „silver economy“ im europäischen Wirtschaftsraum. Wir setzen uns ebenfalls für ein positives Altersbild ein, verwahren uns aber vor einer Degradierung älterer Menschen auf ihre Funktionalität. Das betrifft sowohl die Gefahr, ehrenamtlich tätige Seniorinnen und Senioren zwecks Abbau von Arbeitsplätzen einzusetzen als auch die Betrachtung der Seniorenwirtschaft aus der Geldbeutelperspektive. Es darf nicht in erster Linie um die Kaufkraft der über 60-jährigen von 316 Milliarden Euro gehen, sondern um die Entwicklung seniorengerechter und barrierefreier Produkt- und Dienstleistungsangebote. Die Wirtschaft in Schwung zu bringen ist nicht Aufgabe der Seniorinnen und Senioren, sondern der politisch Verantwortlichen.

Deshalb wollen wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich auf allen parlamentarischen Ebenen, auch und vor allem in den Kommunen, selbst gewählte Seniorenvertretungen bilden können und ihnen ein Rede- und Antragsrecht gewährt wird.

